

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
8 — 65304 — 5672/64

Bonn, den 24. Juni 1964

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) in der zur Zeit geltenden Fassung die von der Bundesregierung beschlossene

Sechundsiebzigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolldarfs 1963
(Handelsabkommen EWG: Israel — II. Teil)

nebst Anlage und Begründung mit der Bitte, die Zustimmung des Deutschen Bundestages herbeizuführen

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Die Verordnung ist gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Bundesrates übersandt worden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Mende

Sechundsiebzigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963
(Handelsabkommen EWG : Israel — II. Teil)

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Dritte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 25. März 1964 (Bundesgesetzbl. I S. 245), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Der Deutsche Zolltarif 1963 (Bundesgesetzbl. II S. 744) in der zur Zeit geltenden Fassung wird mit Wirkung vom 1. Juli 1964 nach Maßgabe der Anlage geändert.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am fünften Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Anlage

(zu § 1)

Warenbezeichnung	Binnen-Zollsatz % des Wertes	Außen-Zollsatz % des Wertes		Griechen- land- Zollsatz % des Wertes	Binnen- Zollsatz % des Wertes	Nachrichtlich: *) Bisheriger Außen-Zollsatz % des Wertes		Griechen- land- Zollsatz % des Wertes
		allgemein	ermäßigt			allgemein	ermäßigt	
2	3	4	5	6	7	8	9	10
In der Tarifnr. 07.04 (Gemüse usw.) wird folgende Anmerkung 3 angefügt:								
3. Gemüse, ausgenommen Pilze, aus Abs. B - II, in der Zeit vom 1. Juli 1964 bis 30. Juni 1967 ..	—	—	16	16	15	22,3	—	22,3

*) Die Angaben in den Spalten 7 bis 10 haben nur unterrichtende Bedeutung. Sie sind nicht Gegenstand der Beschlußfassung und werden nicht mit der Verordnung verkündet.

Begründung

(1) Im Rahmen des Handelsabkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staate Israel vom 4. Juni 1964 — vgl. Beschluß des Rats der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 8. Mai 1964 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. 95 vom 13. Juni 1964 S. 1517) — hat die Bundesrepublik zu erkennen gegeben, daß sie es auch aus preislichen Gründen für wünschenswert hält, den Außen-Zollsatz für

anderes Gemüse (ausgenommen Pilze), als Pulver oder sonst zerkleinert

aus Tarifnr. 07.04 - B ab 1. Juli 1964 auf die Höhe des Zollsatzes des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG (= 16 % des Wertes) für die Dauer des Handelsabkommens festzusetzen.

(2) Der Deutsche Zolltarif 1963 wird durch diese Rechtsverordnung dementsprechend geändert.